

Skandal im Nationalrat: FPÖ kritisiert Grüne wegen Schmutzkampagne!

Grüne fordern parlamentarische Aufklärung zu Rechtsextremismus, FPÖ kritisiert Vorgehen als skandalös.
Debatte im Nationalrat am 22. Mai 2025.



Nationalrat, Österreich - Eine aktuelle Diskussion über den Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen und die damit verbundenen parlamentarischen Anfragen erhielt neue Brisanz, als im Nationalrat eine von den Grünen initiierte Kurzdebatte stattfand. In dieser Debatte ging es um eine parlamentarische Anfrage, die die Grünen als unzureichend beantwortet empfanden. Ein zentraler Punkt war die Behauptung, dass ein anerkannter Sprengstoffexperte in Verbindung mit Rechtsextremismus gebracht werde. Diese Anschuldigung sorgte für erhebliche Kontroversen, die von der FPÖ scharf kritisiert wurden.

NAbg. Werner Herbert von der FPÖ äußerte sich besorgt über

das Verhalten der Grünen und bezeichnete es als bedenklich und skandalös. Er warf den Grünen vor, mit ihrer Anfrage eine unbescholtene Person bloßzustellen und lediglich Halbwahrheiten sowie Unterstellungen in den Raum zu stellen. Zudem wies er darauf hin, dass die Gewalt von Antifa-Randalierern gegen Polizisten von den Grünen nicht thematisiert werde. Herbert betonte, dass das Justizministerium für die Bestimmung von Sachverständigen verantwortlich sei und erinnerte daran, dass die letzte Justizministerin Alma Zadic von den Grünen stammte.

Kritik am Umgang mit Extremismus

Diese Debatte wirft nicht nur Fragen zur parlamentarischen Integrität auf, sondern beleuchtet auch die allgemeine Problematik des Rechtsradikalismus in Deutschland. Laut einer Analyse wurden im Jahr 2023 etwa 39.400 extremistische Straftaten erfasst, wobei rechtsextreme Straftaten mit 25.700 einen Höchststand darstellen. Über die Hälfte dieser Delikte betraf Propaganda, während ungefähr 1.150 Gewalttaten, hauptsächlich Körperverletzungen, dokumentiert wurden. Dies verdeutlicht, wie dringend das Thema der politischen Verfolgung und der Bekämpfung von Extremismus ist. **Statista** berichtet, dass in Deutschland im gleichen Jahr rund 40.600 Rechtsextremisten aktiv waren, von denen 14.500 als gewaltbereit eingeschätzt wurden.

Das parlamentarische System steht somit vor der Herausforderung, rechtsextreme Tendenzen nachhaltig zu bekämpfen und gleichzeitig Missbrauch von politischem Einfluss zu verhindern. Herbert kritisierte, dass die Grünen durch ihre Anfrage nicht nur den Innenminister der ÖVP angreifen, sondern auch ihre eigene Parteikollegin vorführen.

Forderung nach einem handfesten Dialog

Die politischen Gegner fordern nun, dass eine sachkundige Diskussion über den Extremismus und dessen Ausprägungen

stattfindet, ohne dass dabei unhaltbare Anschuldigungen in den Raum gestellt werden. Eine zeitnahe Augenmerklegung auf die Zahl der rechtsextremen Aufmärsche und Musikveranstaltungen der extremen Rechten zeigt die Relevanz der Anfrage, die die Grünen im Fokus hatten. Zwischen den politischen Lagern muss ein angemessener Dialog stattfinden, um sowohl die gesellschaftliche Sicherheit als auch die parlamentarische Ethik zu gewährleisten.

Zusätzlich analysiert **Petra Pau** die verschiedenen parlamentarischen Anfragen zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die im Bundestag eingereicht wurden. Diese Anfragen sind ein wichtiger Teil der parlamentarischen Kontrolle über extremistische Tendenzen und zeigen auf, dass auch in anderen Parlamenten der Umgang mit solch sensiblen Themen alles andere als trivial ist.

In Anbetracht dieser Entwicklungen bleibt abzuwarten, wie die Diskussion um rechtsextreme Tendenzen weitergeführt wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um sowohl die Integrität des politischen Diskurses als auch den Schutz vor Extremismus zu sichern.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Nationalrat, Österreich
Quellen	• www.ots.at • petra-pau.de • de.statista.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at